



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica  
Chantun Grischun

Partito Socialista  
Cantone dei Grigioni

# 2019

## Nominationsparteitag

Samstag 2. Februar 2019, 10.30 Uhr,  
Restaurant B12, Brandisstrasse 12, 7000 Chur

**Alle Infos unter:**  
[www.sp-gr.ch/parteitag](http://www.sp-gr.ch/parteitag)



### Ausblick auf den Nominationsparteitag

Von Doris Caviezel-Hidber & Lukas  
Horner

Liebe Leserinnen und Leser, liebe  
Genossinnen und Genossen

Im Juni letzten Jahres gewannen wir die Wahlen. Wir verteidigten mit Peter Peyer souverän unseren Sitz in der Regierung und legten bei den Grossratswahlen auf dem historischen Höchststand nochmals deutlich zu. Das war letztes Jahr. Im neuen Jahr sind wir wieder gefor-

### Inhalt

Nominationsparteitag	1-2
Nationale Abstimmung	3
Aus dem Grossen Rat	4
Frauenstreiktag	5
Hommage	6
Amtsantritt Peter Peyer	7
Steuerentlastung für Reiche	8/9
JUSO	10
Leute: Tobias Rettich	11
Letzte Seite	12



# Nominationsparteitag

dert. Unser Wahlsieg muss bestätigt werden. Nach dem angekündigten Rücktritt von Silva Semadeni gilt es, unseren Sitz im Nationalrat zu verteidigen. Dabei ist uns klar, dass das keine einfache Aufgabe sein wird. Der SP-Sitz im Nationalrat ist keine Selbstverständlichkeit und schon gar nicht garantiert. Einen Sitz ohne Bisherigen-Bonus zu verteidigen, ist in Graubünden immer eine Herausforderung. Auch bei Proporzahlen.

Für die SP Graubünden bedeutet diese Ausgangslage zuallererst, dass wir mit der bestmöglichen Liste bei den Nationalratswahlen antreten. Und wir können mit grosser Freude feststellen, dass uns das gelingen wird. Dem Nominationsparteitag werden wir beantragen mit Jon Pult, Sandra Locher Benguerel, Franziska Preisig, Erika Cahenzli-Philipp und Philipp Wilhelm zu den Nationalratswahlen anzutreten. Diese Liste ist jung, weist eine Frauenmehrheit auf und alle vorgeschlagenen Persönlichkeiten bewiesen in der Vergangenheit ihre elektorale Stärke. Alle KandidatInnen erzielten bei den Grossratswahlen Spitzenresultate oder gewannen für die SP einen Sitz in einem Kreis, in dem wir bis anhin keinen Sitz hatten.

Die Ausgangslage erfordert aber auch, neue Wege zu beschreiten. Darum schlagen wir dem Nominationsparteitag vor, Jon Pult als einen vorgeschlagenen Nationalratskandidaten zugleich auch für die Ständeratswahlen zu nominieren.

Jon Pult erzielte bei vergangenen Nationalratswahlen Spitzenresultate, ist dreisprachig und ein Vertreter der jungen Generation.

Diese Strategie ist in Graubünden ein Novum. Eine Doppelkandidatur gab es in Graubünden noch nie. In allen anderen Kantonen ist das hingegen der Normalfall. Wir wollen dieses Novum wagen, weil die Beispiele von Paul Rechsteiner in SG und Daniel Jositsch in ZH zeigen, dass diese Strategie von Erfolg gekrönt ist und zusätzliche Stimmen für die Nationalratswahlen einbringt. Die wichtigste Motivation ist jedoch, dass die BündnerInnen auch bei den Ständeratswahlen eine Auswahl verdienen. Wir ermöglichen das. Die Wahlfrage lautet: Wollen wir eine Vertretung im Ständerat, die sich für die Interessen der BündnerInnen einsetzt? Oder wollen wir eine Vertretung, die sich für die Interessen möglichst vieler Verwaltungsräte einsetzt?

Dem Nominationsparteitag schlagen wir eine starke Liste und ein Novum in der Bündner Politik vor. Damit wollen wir an die Erfolge im vergangenen Jahr anknüpfen und die Wahlen gewinnen. Für den Fortschritt aus Graubünden.

Der Parteitag findet am Samstag, den 2. Februar 2019 im Rest. «B12» (Brandisstrasse 12) in Chur statt und beginnt um 10:30 Uhr. Wir freuen uns auf einen gut besuchten Parteitag. Alle sind herzlich eingeladen!



Doris Caviezel-Hidber,  
Vizepräsidentin  
SP Graubünden, Chur



Lukas Horrer,  
Parteisekretär  
SP Graubünden, Chur

Mehr Infos & Anmeldung  
zum Nominations-  
parteitag unter  
[www.sp-gr.ch/parteitag](http://www.sp-gr.ch/parteitag).

# Eidg. Abstimmung vom 10. Februar 2019



Silva Semadeni,  
Nationalrätin, Chur

## Zersiedelung stoppen – JA

Von Silva Semadeni

Die Jungen Grünen stellen mit dem unbefristeten Einfrieren der Gesamtfläche der Bauzonen eine radikale Forderung. Zu recht?

Tatsache ist, dass das Siedlungsgebiet weiter wächst, das Kulturland abnimmt, der Druck auf die Landschaft anhält. Und das Parlament verwässert seit Jahren das Raumplanungsgesetz (RPG) in kleinen Schritten: Nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Wohnbauten dürfen ausgebaut werden, es gibt Ausnahmen für die Pferdehaltung, für die Kleintierhaltung, für Hotels. Auch der Vollzug der RPG-Bestimmungen harzt. Darunter leiden die Lebensqualität, die Natur, das Landschaftsbild, die Attraktivität des Landes als Tourismusziel.

Ja, die Zersiedelungsinitiative spricht ein dringendes Problem unseres Landes an. Die Bevölkerung hat sich mehrmals für den haushälterischen Umgang mit dem Boden und für die geordnete Besiedelung des Landes ausgesprochen. Ich denke an die klare Annahme der ersten Revision des RPG in der Referendumsabstimmung und an die überraschende Annahme der Zweitwohnungsinitiative. Genügen aber die in den letzten Jahren ergriffenen Massnahmen?

Das 2013 revidierte RPG beinhaltet wichtige Regeln, wie die Trennung

von Bau- und Nichtbaugelände sowie das Gebot, die Siedlungsentwicklung nach innen zu lenken und kompakte Siedlungen zu schaffen. Auch in Graubünden hat der Grosse Rat kürzlich deswegen das kantonale RPG revidieren müssen. Zu grosse Bauzonenreserven werden verkleinert, brachliegende Flächen in Bauzonen besser genutzt, für Neueinzonungen gibt es eine Mehrwertabgabe von 30%. Die Umsetzung der ersten RPG-Revision ist heute in vielen Kantonen weit fortgeschritten. Es sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Eine zweite Revision des RPG zum Bauen im Nichtbaugelände hat der Bundesrat mit einer Frist bis Ende Januar 2019 bereits in die Vernehmlassung gegeben. Und die Umweltorganisationen lancieren anfangs Jahr eine eigene Raumplanungsinitiative zum Bauen im Nichtbaugelände.

Braucht es also die Initiative der Jungen Grünen? Eigentlich nicht, doch die Zersiedelung zu bremsen ist eine komplexe Herausforderung, viele Interessen stehen auf dem Spiel. Die Annahme der Initiative würde der Zersiedelung klare Grenzen setzen, denn für jede zusätzliche Erweiterung der Bauzone müsste eine andere Bauzone um mindestens die gleiche Fläche mit gleichem Ertragswert – verkleinert werden. Die Zersiedelungsinitiative macht mit ihrer radikalen Forderung Druck auf die kommenden Revisionen des RPG. Die SP GR empfiehlt daher ein JA in die Urne zu legen.

Der Parteivorstand der SP Graubünden hat die **JA-Parole** gefasst.



# Aus dem Grossen Rat

## Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt – Eine Bündner Politbaustelle

Von Julia Müller

Ein unschönes Thema und doch so wichtig, dass es öffentlich diskutiert und enttabuisiert werden muss. Die Gewalt, häufig an Frauen und in den eigenen vier Wänden ausgeführt, lastet schwer auf unserer Gesellschaft. Das Frauenhaus hat im Jahr 2017 leider Höchstwerte aufgewiesen und die Opferhilfe konnte ebenfalls einen Rekord verzeichnen. Das Bundesamt für Statistik macht uns die Strukturen klar, indem es Zahlen veröffentlicht, die zeigen, dass im Jahr 2017 73% aller Opfer von häuslicher Gewalt, Frauen waren. Das sind beinahe drei Viertel aller Geschädigten.

Gewalt ist in jeder Form und gegen jede Person zu verurteilen und doch zeigen die Zahlen glasklar, dass Gewalt sehr häufig männlich ist.

Am 1.4.2018 trat in der Schweiz die ratifizierte Istanbul-Konvention in Kraft. Ihre Mitgliedstaaten werden zu Massnahmen gegen häusliche Gewalt und Gewalt an Frauen aufgerufen. Schwerpunkte der Konvention betreffen den Opferschutz, die Strafverfolgung und die Schutzmassnahmen zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt. Präventionsinstrumente können laut der Konferenz zur Umsetzung der Konvention Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Ausbildungen für betroffene Fachpersonen sein. Zur

Verbesserung des Schutzes wird primär auf die Zusammenarbeit mit den Opferberatungsstellen und den Schutzunterkünften verwiesen.

Der Kanton Graubünden steht nun in der Pflicht, die Konvention auf kantonaler Ebene umzusetzen. Die SP Grossratsfraktion macht sich dafür stark. In der Augustsession 2018 wurde eine Anfrage zur Umsetzung der Istanbul-Konvention eingereicht. Die darauffolgende Antwort der Regierung in der Dezembersession 2018 war ernüchternd. Vieles wurde nicht beantwortet oder das bereits Bekannte wurde erneut erwähnt. Die grösste Enttäuschung war jedoch, dass die Antwort grösstenteils aus fremden Dokumenten kopiert wurde – ohne Quellenangaben.

Aufgrund der Beantwortung der Anfrage und der Kenntnis darüber, dass der Kanton eine grosse offene Pendezenz hat, haben wir in der Dezembersession erneut eine Anfrage eingereicht.

Zu lange hat Tatenlosigkeit geherrscht. Die SP wird daher aktiv dranblieben und den Kanton in die Pflicht nehmen. Es müssen nun Massnahmen folgen. Abklärungen und Gespräche reichen nicht mehr aus. Wir müssen häusliche Gewalt durch Schaffung und Finanzierung von Beratungs- und Schutzstellen eindämmen. Ein öffentlicher Diskurs muss stattfinden und alle beteiligten Personen, besonders Behörden, müssen ausreichend geschult und sensibilisiert sein.



Julia Müller, Grossrätin,  
Felsberg

# Frauenstreiktag



Natascha Wey,  
Co-Präsidentin SP Frauen\* Schweiz, Zürich

## Frauenstreiktag am 14. Juni 2019

Von Natascha Wey

Knapp 30 Jahre nach dem 1. Frauenstreiktag vom 14. Juni 1991 haben viele Frauen in der Schweiz beschlossen, dass sie nächstes Jahr wieder streiken wollen. Natürlich, es wurde auf der rechtlichen Ebene für die Gleichstellung in den vergangenen 20 Jahren viel erreicht, aber ökonomisch und gesellschaftlich sind viele Probleme ungelöst. Streiken heisst, sich in eine gute Verhandlungsposition zu bringen.

### Wieso streiken wir Frauen?

**Weil Frauen niedrigere Löhne haben.** Im Durchschnitt verdienen sie ungefähr einen Fünftel weniger als die Männer. Da die meisten Frauen Teilzeit arbeiten, beträgt der durchschnittliche Unterschied ca. 32%.

**Weil die Arbeit von Frauen abgewertet wird.** Auch wenn Berufe kein Geschlecht haben, bleibt die Arbeitswelt doch segregiert. In der Kinderbetreuung arbeiten beispielsweise zu 90% Frauen: die Qualifikationen werden nicht wirklich anerkannt, die Löhne sind niedrig und der Sektor steht unter einem starken Druck, die Kosten weiter zu senken.

**Weil Teilzeitarbeit eine Falle ist.** In der Schweiz arbeiten 60% der Frauen Teilzeit. Bei den Müttern sind es 80%, die Erwerbsarbeit und Haushalt für ein halbes Gehalt erledigen.

Teilzeitarbeit ist häufig ein Synonym für unfreiwillige Flexibilität, prekäre Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne.

**Weil Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ein Mythos ist.** Das Arbeitsrecht ist schwach und wurde seit dem 19. Jahrhundert nicht mehr weiterentwickelt. Das Arbeitsgesetz sieht vor, dass die Gesundheit von Schwangeren und Gebärenden geschützt wird, es anerkennt das Recht auf Stillen und schreibt bis zu 3 Tagen Pflegeurlaub im Falle der Krankheit eines Kindes vor. Und das ist schon beinahe alles.

**Weil die Renten von Frauen 37% unter denen der Männer liegen.**

Als Folge der Diskriminierungen und der ungenügenden Anerkennung der unbezahlten Arbeit haben Frauen kleine Renten. Trotzdem sollen sie länger arbeiten. **Weil sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz aufhören muss.** Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wird durch das Gleichstellungsgesetz verboten. Trotzdem ist es immer noch schwierig, sich dagegen zu wehren, sowohl für das Opfer wie auch für Zeugen und Zeuginnen, die vom Gesetz nicht geschützt sind. **Weil wir Gewalt gegen Frauen nicht hinnehmen wollen.** In der Schweiz stirbt alle zwei Wochen eine Frau durch die Gewalt ihres Partners oder Ex-Partners. Die Polizei muss durchschnittlich 40-mal am Tag wegen häuslicher Gewalt intervenieren. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Frauen sind zu oft mit Gewalt konfrontiert.



# Hommage an Martin Jäger

## Danke, Martin!

Von Philipp Wilhelm

Mit dem Jahr 2018 ging die Regierungszeit von Martin Jäger zu Ende – ziemlich genau 40 Jahre nach seiner erstmaligen Wahl in den Grossen Rat. Martin war damals 26 Jahre jung und machte zuvor die vom Kalten Krieg geprägten Bürgerlichen vom Vorderprättigau über Chur bis nach Bern nervös, als Aktivist der Unitaristisch-Sozialistischen Partei.

Mit dieser Ablegerin der 68er-Bewegung kämpfte Martin für das Frauenstimmrecht in Schiers, gegen die «reaktionäre Natur der Schweizer Armee», für Frieden in Vietnam und überhaupt: gegen Ungerechtigkeiten in der Schweiz und auf der Welt. Sein Image als pointierter Linker kostete Martin fast die berufliche Laufbahn im Kanton, bevor er doch noch eine Anstellung im Barblanschulhaus erhielt. Dort lehrte er leidenschaftlich, bis ihn die ChurerInnen 1997 in den Stadtrat beriefen.

Politisch ging Martin – nun in der SP – zunächst unten durch, musste eine Abwahl als Grossrat verkraften und parteiinterne Spannungen aushalten. Doch Martin kämpfte, gab nicht auf, schaffte die Wiederwahl und motivierte andere Abgewählte zum erneuten Antritt. Seine eindrückliche Politkarriere zeigt: dran bleiben lohnt sich. 27 Jahre lang war Martin Jäger Grossrat, 20 Jahre lang sass er an

einem Regierungstisch – zwölf davon in Chur, die letzten acht im Kanton.

Martin war aber nie einfach ein Ämtli-Jäger, sondern blieb Parteisoldat und Aktivist: 33 Jahre lang – sein halbes Leben bisher! – arbeitete er in der Geschäftsleitung der SP Graubünden und er wirkte daneben in Gewerkschaften und Naturschutzorganisationen mit.

Wie kein anderer Politiker war Martin die prägende Konstante im Bündner Politgeschehen des letzten halben Jahrhunderts. Mit Herzblut kämpfte er für eine moderne Sozial-, Umwelt-, Bildungs-, Forschungs- und Kulturpolitik, aber auch für ein fortschrittliches und demokratisches Staatswesen. Die Bevölkerung stützte Martins Politik stets: als Regierungsrat gewann er alle «seine» Volksabstimmungen, zuletzt bei der Fremdsprachen- und der Doppelinitiative. Martin überzeugte mit seinem fundierten politischen Wissen, das bis in die entlegensten Ecken der Bündner Eigenheiten reicht. Im Zentrum stand für ihn immer der Blick für das Ganze, für den gesamten Kanton, nicht für Einzelinteressen.

Die eindrückliche Laufbahn verdient Respekt, der langjährige Einsatz für Partei und Kanton Dank. Dafür reichen 2500 Zeichen kaum aus. Darum möchten wir Martins Abschied aus der Regierung am Parteitag vom 13. April 2019 mit vielen Mitgliedern würdigen. Seid dabei.



Philipp Wilhelm, Präsident SP Graubünden, Davos

# Amtsantritt



Peter Peyer,  
Regierungsrat, Trin

## Erste Schritte in der neuen Welt

Von Peter Peyer

Am 2. Januar 2019 habe ich mein Büro am Hofgraben 5 bezogen. Es ist mir zwar noch immer etwas unheimlich, dass ich nun zusammen mit meinen 4 Kollegen die Geschicke des Kantons Graubünden leiten soll. Die Freude über das Amt ist hingegen immer noch riesig. Und auch das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit mit seinen 10 Ämtern und Dienststellen und den über 1000 Mitarbeitenden (würden wir die Psychiatrischen Dienste und die Gebäudeversicherung noch mitzählen, wären es rund 2000) macht mir mit seiner ganzen Vielfalt enorm Freude.

Auch das kommende WEF, an dem eine – sagen wir mal illustre – Schar von Gästen teilnimmt, bereitet mir zumindest bisher keine schlaflosen Nächte. Sowieso fantastisch ist die Unterstützung durch meine Mitarbeitenden! Über einen Stab zu verfügen, der mit viel Sachwissen, Motivation und Begeisterung arbeitet, ist für mich als vormaligem Allein-Sekretär eine neue, durch und durch positive Erfahrung.

Etwas gewöhnungsbedürftig sind zwar die Informatik und die Organisation der Geschäfte, aber das ist zu schaffen. Ebenso etwas gewöhnungsbedürftig sind gewisse Gepflogenheiten, die sich mit dem

Amt – anscheinend – ergeben. So habe ich eben für ein dreitägiges Regierungsseminar in Interlaken den Koffer gepackt. «Im alten Leben» ein Akt von maximal 5 Minuten. Nun aber: Welchen Anzug mitnehmen, welchen Mantel darüber, welche passenden Schuhe, welche Krawatte oder doch ohne, wie die Hemden möglichst knitterfrei verstauen usw.? Die Blue-Jeans-und-Pullover-Welt ist doch deutlich unkomplizierter. Und daran versuche ich auch nach wie vor, ein wenig festzuhalten. Denn: Alles in allem finde ich den Job als Regierungsrat einfach super. Aber das soll nicht darüber hinwegtäuschen: Andere arbeiten auch! Zusammensitzen und Lösungswege (aus-)diskutieren, wo nötig auch nochmals über die Bücher gehen und nochmals hinterfragen, Entscheidungen treffen und dann auch durchsetzen finde ich wichtig, genauso wichtig wie den unkomplizierten Umgang miteinander und die gemeinsamen Kaffeepausen. So gesehen sind die ersten Schritte in der «neuen Welt» ziemlich unspektakulär – aber extrem spannend und befriedigend!

Mehr zum Departement, für was wir zuständig sind und was wir tun gibt es übrigens hier zu lesen:

[www.djsg.gr.ch](http://www.djsg.gr.ch)



# Umsetzung STAF-Vorlage in Graubünden

## Weniger Steuern für die Mittelklasse und kleine Einkommen

Von Lukas Horrer

Zur Umsetzung der Steuervorlage des Bundes schickte die Bündner Regierung eine Teilrevision des Steuergesetzes in die Vernehmlassung.

Kernanliegen der Teilrevision ist eine Gewinnsteuersenkung von heute 5.5% auf neu 4%. Zudem sollen Instrumente wie die Patentbox (steuerliche Entlastung von Gewinnen, die Unternehmen mit Patenten erwirtschaften) eingeführt werden, andere Instrumente aber, wie etwa ein erhöhter Abzug der Forschungs- und Entwicklungskosten dagegen nicht. Weiter sollen Dividenden nicht voll-, sondern mit 70 Prozent teilbesteuert werden. Die Abzüge aus Patentbox und Forschungs- und Entwicklung führen dazu, dass sich der Gewinn künstlich (bzw. buchhalterisch) reduziert und so die Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Gewinnsteuer sinkt. Das Paket kostet den Kanton 21.5 Mio. CHF, wobei 10 Mio. auf die Auswirkungen der STAF-Vorlage des Bundes auf den Kanton und 11.5 Mio. auf die vorgeschlagene Teilrevision des Bündner Steuergesetzes entfallen. Die durch Patentbox und F&E-Abzug resultierenden Steuerausfälle sind in diesen Zahlen nicht enthalten, da keine Schätzung vorliegt.

Gemäss Regierung liegt eine sozialpolitische Kompensation finanziell

nicht drin. Gleich verhalte es sich mit einer Entschädigung der Gemeinden.

## Der Denkfehler

Warum schlägt die Regierung diese Massnahmen vor? Die Prämisse lautet: Wenn Graubünden seine Gewinnsteuern nicht senkt, dann ist Graubünden als Standort nicht konkurrenzfähig und verliert Arbeitsplätze. Das ist falsch. Einerseits zeigt ein Blick auf die internationale Situation, dass die effektive Steuerbelastung in Graubünden tiefer ist als jene in Dublin, Singapur, London, Mailand, Peking, Tokio, Zürich oder New York. Andererseits zeigt die Empirie, dass der Steuerwettbewerb international betrachtet kaum zu mehr Arbeitsplätzen führt. Vielmehr werden buchhalterisch die Gewinne ins Ausland (bzw. die Schweiz) verlagert, nicht aber die Arbeitsplätze.

Erschwerend für die Argumentation der Regierung kommt hinzu, dass Steuern schon lange nicht mehr der entscheidende Standortfaktor sind. Während die modernen Wirtschaftswissenschaften schon lange die Probleme von einseitigen Steuersenkungen für Kapitalgesellschaften aufzeigen und darlegen, dass andere Standortfaktoren zentraler sind (z.B. Hochschulen, Infrastruktur, Kinderbetreuung), scheint die Regierung in ihrer Denkweise bei ökonomischen Modellen aus den 80er-Jahre stehen geblieben.

Neben der fehlerhaften und veralteten ökonomischen Denkweise der Re-



Lukas Horrer, Grossrat und Vizepräsident der Kommission für Wirtschaft & Abgaben (WAK), Chur



Die Vernehmlassungsantwort der SP Graubünden kann unter [www.sp-gr.ch/neuigkeiten](http://www.sp-gr.ch/neuigkeiten) heruntergeladen werden.

gierung, darf zudem nicht vergessen werden, dass der Steuerwettbewerb der zynischen Logik folgt, wonach die ökonomisch Mächtigen die Bedingungen diktieren und den demokratisch entscheidenden Gemeinwesen mit ihrem Wegzug drohen, wenn nicht in ihrem Sinn entschieden wird. Steuerwettbewerb ist demokratiefeindlich.

### **Unfair bezahlt**

Wer über Steuerpolitik spricht, beantwortet die Frage nach der Finanzierung unseres Staatswesens. Die Finanzierung unseres Staatswesens ist im Prinzip wie ein Restaurantbesuch: Es stellt sich die Frage, wer wie viel an die Rechnung bezahlt? Für lange Zeit finanzierten juristische Personen (AG, GmbH etc.) rund 20 Prozent aller Steuereinnahmen, bezahlten also einen Fünftel der Rechnung. Im Budget 2019 des Kantons fällt dieser Wert auf 10 Prozent. Ein Rechenbeispiel macht die abstrakten Prozentzahlen konkret. Die Muster AG mit einem steuerbaren Gewinn von einer halben Million Franken zahlte 2007 noch über 50 000 Franken Gewinnsteuern an den Kanton. Heute sind es beim gleichen Gewinn weniger als 25 000 Franken. Eine Halbierung!

### **Und die SP?**

In unserer Vernehmlassungsantwort stellten wir fest, dass Graubünden finanziell gut dasteht und sich Steuerensenkungen leisten kann. Aber nicht für jene, die in der Vergangenheit schon (zu viel) entlastet wurden. Darum lehnen wir den Vorschlag der

Regierung entschieden ab. Es ist Zeit für eine Steuerensenkung, die der Bevölkerung und nicht den jur. Personen zugutekommt. Wir schlagen daher im Gegenzug die Erhöhung des Steuerfreibetrages bei der Einkommenssteuer vor. Davon profitiert der Mittelstand und die kleinsten Einkommen können ganz aus der Steuerpflicht entlassen werden. Unser Kanton kann sich das offensichtlich leisten und die BündnerInnen haben das verdient. Es ist Zeit, ihre tägliche Arbeit zu würdigen, indem auf ihrem Lohn weniger Steuern erhoben werden. Linke Steuerpolitik heisst, für eine faire Finanzierung unseres Staatswesens und für die Entlastung der Arbeit Partei zu ergreifen, während Vermögen, Gewinne und Erbschaften verstärkt zu besteuern sind.

P.S.: Zudem soll der Steuerwettbewerb unter den Gemeinden für juristische Personen eingeführt werden. Konsequenz: Wirklich alle, ausser rund 641 jur. Personen gehen leer aus. 2015 finanzierten 641 von rund 12 000 juristischen Personen 80% der Gewinn-/Kapitalsteuereinnahmen des Kantons. Und die über 10 000 Einzelunternehmen (z.B. Dorfbäcker) im Kanton zahlen keine Gewinnsteuern, da sie keine jur. Personen sind.



# JUSO

## Weg mit WEF!

Von Gian Pfister

Es ist wieder diese Zeit des Jahres: Weihnachten, Neujahr sind schon vergangen und natürlich kommt im Januar wie immer das World Economic Forum nach Davos. Die Zeche für dieses eher unerfreuliche Geschenk zahlt aber wie immer die Bevölkerung. Denn während rund zwei Wochen werden Bewegungsfreiheit und Meinungsfreiheit der Davoser Bevölkerung massiv eingeschränkt, die Demokratie wird mit freundlicher Mithilfe der Gemeinde- und Kantonspolizei unter den Teppich gekehrt. Dazu kommen noch die abertausenden von Franken für die Sicherheitskosten, damit Geldhaie und Demagogen einen möglichst stressfreien Aufenthalt in der Alpenstadt haben. Bezahlt wird dies mehrheitlich aus Steuergeldern.

Der neu gewählte brasilianische Präsident Jair Messias Bolsonaro (Vorsicht, dieser Name kann irreführend sein) nahm am WEF teil. Dieser nette Herr ist der Erste, der LGBT-Rechte in Frage stellt, den Klimawandel leugnet oder rassistische Hetze verbreitet. Er ist aber lange nicht der einzige Problemerkandidat in Davos. Er steht lediglich als groteskes Aushängeschild für Grosskapitalisten, die sich immer als die einzige Chance für eine bessere Welt darstellen

Unter dem Deckmantel der Weltverbesserung können sie hinter ver-

schlossenen Türen des Kongresszentrums in aller Ruhe ihre Deals abschliessen. Das Ziel davon ist weder der Weltfrieden, noch der Klimaschutz, so wie es jedes Jahr in den Medien dargestellt wird. Das einzige Ziel ist der Profit und das Streben nach Macht und das häufig auf dem Rücken der Ärmsten. Auf grosse Töne folgen also wenig Taten für die grossen Probleme dieser Welt, für die sie als reichstes Prozent der Welt häufig die Verantwortung tragen.

Diese Umstände sind aber nichts Neues. Bereits im letzten Januar wurde versucht, mit einer friedlichen Kundgebung ein Zeichen gegen Kapitalismus, Sexismus und Rassismus zu setzen. Die Gemeinde Davos versteckte sich aber damals hinter der fadenscheinigen Begründung, es habe zu viel Schnee und man könne uns keinen Platz zur Verfügung stellen. Was für eine Farce und ein Rückschlag für die Meinungsfreiheit in Graubünden. Geschlagen gaben wir uns deswegen aber noch lange nicht! Auch dieses Jahr pflanzen wir eine bewilligte und friedliche Kundgebung. Wir haben also alle linken Kräfte aufgerufen, am 24. Januar nach Davos zu kommen! Sie müssen spüren, dass es Widerstand gibt!



Gian Pfister,  
Vorstandsmitglied JUSO  
GR, Domat/Ems

# Leute: Tobi Rettich



Tobias Rettich

1991

Neugewählter Grossrat,  
Kreis Fünf Dörfer

## **Concret: Lieber Tobias, du hast letzten Sommer im Kreis Fünf Dörfer sensationell einen dritten Sitz für die SP erobert. Eine Überraschung!**

Tobias Rettich: Das kam tatsächlich unerwartet. Klar: Die Hoffnung war da. Denn unserem Kreis wurde ein Sitz mehr zugeteilt gegenüber der letzten Legislatur. Ein paar altgediente, bürgerliche Grossräte traten nicht mehr an. Da war ich zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

## **Du hast aber auch einen sehr engagierten Wahlkampf geführt.**

Bereits an Ostern stieg ich in den Wahlkampf ein und ging dann mit Sicherheit 50 bis 60 Mal auf die Strasse. So führte ich unzählige Gespräche, machte beim Telefonwahlkampf mit, versandte Nachrichten an alle Bekannten im Kreis. Unsere Kandidatinnen schenkten am Morgen Kaffee für PendlerInnen aus, verschenkten Gummibärli und Rosen. Ein guter Wahlkampf ist kein Geheimrezept: Man muss einfach aktiver als die andern sein!

## **Was hat dich dazu bewogen, zu kandidieren?**

Schon in meinen Beruf als Fachmann Betreuung und im Studium der Sozialen Arbeit ist meine Motivation, möglichst vielen Leuten möglichst viel Gutes zu tun. Wenn mir das gelingt, habe ich etwas erreicht im Leben.

Über Christina Bucher-Brini bin ich zunächst bei der SP Chur gelandet. Dann kehrte ich nach Untervaz

zurück, wo ich aufgewachsen bin. Vor circa einem Jahr kam dann die Anfrage unseres Sektionspräsidenten Simon Stieger, ob ich mir eine Grossratskandidatur vorstellen könnte. Ich habe spontan zugesagt.

## **Wie sind nun die ersten Eindrücke aus dem Rat?**

Ich bin sehr gut angekommen und fühle mich in der Fraktion pudelwohl. Alle helfen einander. Im Rat herrscht in dieser Legislatur eine progressive Stimmung. Es kamen viele Junge dazu. Und dank akribischer Arbeit ist die SP in der Position, etwas zu verändern. Man muss aber auch geduldig sein. Das habe ich schnell gelernt.

## **Deine Vorstösse haben viele Unterschriften aus allen Parteien bekommen. Wie hast du das bewerkstelligt?**

Jugendförderung und der Umgang mit Randständigen sind wichtige Themen, bei denen lange Stillstand geherrscht hat. Die GrossrätInnen fühlten sich ernstgenommen von mir, da ich meine Anliegen fast allen im persönlichen Gespräch darlegen konnte. Sie merkten: Das ist nicht irgendeine Träumerei. Generell hilft da die Wahrnehmung unserer Fraktion. Wir von der SP werden ernstgenommen. Wir fordern nicht einfach, sondern bieten Lösungen.

PS: Die SP Graubünden konnte Tobias als Campaigner für die Eidgenössischen Wahlen 2019 gewinnen. Die concret-Redaktion gratuliert und wünscht viel Erfolg!

## Parolen der SP Graubünden zu den Abstimmungen vom 10. Februar 2019

### Kant. Abstimmungen:

keine Abstimmungsvorlagen

### Eidg. Abstimmung:

Zersiedelungsinitiative

JA

### Abo-Beitrag 2019

Um das «concret» weiterhin erhalten zu können, sind wir auf euren Abo-Beitrag angewiesen. Die Redaktion zählt auf die LeserInnen und sagt bereits zum Voraus: Vielen herzlichen Dank für die Bezahlung des Abo-Beitrages.

Der Mindestbeitrag für die Kostendeckung beträgt CHF 15.00 pro Jahr, der Unterstützungsbeitrag CHF 30.00 pro Jahr. Bitte den beigelegten Einzahlungsschein benutzen oder per e-banking einzahlen.

## 2. Februar 2018 – Nominationsparteitag der SP Graubünden

Der Nominationsparteitag beginnt am Samstag, 2. Februar 2019 um 10:30 Uhr und findet im Restaurant B12 (Brandisstrasse 12) in Chur statt. Am Nominationsparteitag werden wir die Weichen für die Wahlen 2019 stellen. Eine erste Idee, was wir im Wahljahr so vorhaben, findest du im ersten Artikels dieses Concrets. Neben der No-

mination der KandidatInnen wird die Rede von Christan Levrat ein weiterer Höhepunkt sein. Es wäre toll, viele von euch am Parteitag begrüßen zu dürfen und zahlreich ins Wahljahr zu starten. Alle Infos zum Parteitag und auch das Anmeldeformular sind unter [www.sp-gr.ch/parteitag](http://www.sp-gr.ch/parteitag) zu finden.

### Impressum

Herausgeber:  
SP Graubünden  
Concret  
Postfach 561  
7001 Chur

Nr. 1/2019

### www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch  
Telefon 081 284 91 00  
Fax 081 284 91 01  
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer  
(Redaktionsleitung),  
Stefan Grass, Silvia Modalek,  
Andri Perl  
Versand: Peter Montigel,  
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer  
Druck: Selva Caro Druck AG,  
Flims  
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 2/2019:  
29. März 2019

ClimatePartner<sup>o</sup>  
klimaneutral